

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Melamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 18. Dezember.

Der Prinzregent von Bayern hat, wie das Militär-Ministerium meldet, dem Generalleutnant Freiherrn v. Bittenheim, dem Gemahl der Prinzessin Elisabeth, beabsichtigt die Auswanderung nach Australien bewilligt. Es bezieht sich dies wohl auf den Uebertritt in österreichische Dienste.

Die im Spionen-Prozess vom Reichsgericht verurteilten beiden französischen Offiziere Dubois (reale Degout) und Duguet (reale Delage) nahmen das Urtheil mit stiller Befriedigung auf und gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß ihnen die ersehnte Zuchthausstrafe erspart worden sei. Außerdem sprachen sie die Hoffnung aus, daß der Kaiser sie schließlich begnadigen werde; diese Ansicht wurde selbst von maßgebenden Personen im Gerichtssaal vielfach geteilt. Ungeachtet dessen wurden verschiedene sich die Angeklagten von dem Verteidiger und dem Dolmetscher, als sie ins Untersuchungsgefängnis zurückgeführt wurden. Sie werden, da das Urtheil sofort, nachdem der Spruch gefällt ist, rechtskräftig wird, bereits am heutigen Montag auf die Festung Magdon gebracht werden.

In der Begründung des Urtheils gegen die beiden der Spionage verdächtige Franzosen, welches außer auf Verurtheilung der Angeklagten auf Einziehung und Vernichtung alles bei ihnen vorgefundenen Schriftmaterials, aller Zeichnungen und Abbildungen, wird Folgendes betont: Die Angeklagten hatten in ihrer Stellung beim Generalstab der französischen Marine Einsicht in die deutschen Pläne betreffend den Krieg, erfaßten deren Wichtigkeit und verarbeiteten sich gemeinsam das fehlende Material zu beschaffen und legten ihren Plan den Vorgesetzten vor, die denselben gutheißten. Die Angeklagten erhielten von ihren Vorgesetzten zur Ausführung ihres Vorhabens die nötigen Mittel in Höhe von 4400 Fr. Die ihnen ertheilte Instruktion lautete dahin, am Lande keine Pläne anzufertigen und keine Beamten zu befragen. Durch Vermittelung eines Attachees bei der französischen Botschaft in London charterten die Angeklagten ein englisches Schiff. Sie führten zunächst nach der Insel Borkum, dann nach der Gemeindefabrik, nach Kuxhafen, Helgoland, dem Eiderdamm und dem Kieler Hafen. Ueberall haben sie Zeichnungen aufgenommen und auf ihrem Schiff ausgearbeitet. Ihre Spionage hat einen großen Umfang erreicht. Die Angeklagten sind schlaue und intelligente Personen; ihre Handlungen fallen unter den ersten Paragraphen des Gesetzes vom 3. Juli 1893, § 92 des Reichsstrafgesetzbuches kommt dagegen nicht in Betracht. Weiter ist der Umstand, daß, wie glaublich, die Angeklagten ihrem Vaterland nützen wollten, ferner, daß sie ihren Plan bereits gefaßt hatten, als das obige Gesetz erlassen wurde. Strafschärfend ist die besondere Gefährlichkeit der Handlungen der Angeklagten und der Umfang ihrer Spionage; deshalb ist auch kein Anlaß vorhanden gewesen, die Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen.

Der Frankfurter Stadtmagistrat hat in Folge einer Anregung der Stadtverordneten über die projektirte Erhöhung der Biersteuer an den Reichstag eine Petition abgefaßt, deren Wortlaut der Stadtverordnetenversammlung mitgetheilt wurde. Es heißt darin:

„Es hat sich schon jetzt gezeigt, daß die nach den Reichssteuergesetzen von 1881 und 1885 auf der Arbitrage losende Steuer diesen für den Ausgleich der Werthe an den verschiedenen Börsen des In- und Auslandes hochbedeutenden und nützlichen Theil des Börsenhandels auf das empfindlichste geschädigt hat. Eine noch weitere Belastung des Arbitragegeschäfts würde dieses in Deutschland überhaupt nicht mehr aufnehmen lassen und würde dahin führen, den Abschluß derartiger Geschäfte von unserem heimischen Boden zu verdrängen und dem Auslande zuzuführen. Die weit über den Kreis der zunächst und speziell be- rührten Geschäftsinteressen durch die beantragte Steuererhöhung in unserer Stadt hervorgerufene allgemeine Befürchtung ist durchaus berechtigt. Der Inhalt der Novelle ist aber auch geeignet, über die Grenzen des Vertriebskreises die gesammten Handels- und Verkehrsinteressen unserer Stadt und selbst auf das empfindlichste zu schädigen. Wir gestatten uns daher, indem wir uns der Forderung der hiesigen Handelskammer anschließen, den dringenden Antrag, der hohe Reichstag wolle, um von unserem Gemeinwesen tief einschneidende Nachteile fernzuhalten, die vorliegende Novelle in ihrer jetzigen Fassung nicht genehmigen, oder wenigstens dahin abändern, daß die Ausübung des wichtigsten Zweigs des Börsenhandels, des Arbitrages, und damit des Kommissionsgeschäfts, nicht ausgeschlossen wird.“

Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: Der Herausgeber des „Deutschen Bürger- und Bauernfreunds“ zeigt in der heutigen Nummer seines Blattes an, daß er dasselbe von Neujahr 1894 ab in ein Korrespondenzblatt für die kleineren Provinz- preße umzuwandeln gedenkt. Das in frischer und echt volksthümlicher Weise geschriebene Wochenblatt „Deutscher Bürger- und Bauernfreund“ hat sich in den dreißig Jahren seines Bestehens namentlich in national-liberalen Kreisen viele Freunde erworben. Indessen hat sich das Bedürfnis, mit der politischen Betrachtung auch die lokalen und provinziellen Nachrichten regelmäßig zu erfahren, von Jahr zu Jahr stärker geltend gemacht und erwirkt die Verbreitung eines Wochenblattes, das doch im Wesentlichen aus dem politischen Wissensbedarf entsprechen kann. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn sich eine so gemeinnützige Forderung, wie sie der Herausgeber des „Bürger- und Bauernfreunds“ führt, in den Dienst jener kleineren Presse stellt, die nicht in der Lage ist, eigene politische Korrespondenten in Berlin zu besenden. Wir sind vom engen Fraktionsgeist unabhängig genug, um dem neuen Unternehmen, das ja seiner Natur nach nicht den speziell national-liberalen Parteipunkt, sondern nur allgemein den Standpunkt einer gemäßigten inneren Politik einhalten kann, den besten Erfolg zu wünschen.

Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: Aus Schlesien kommt die bestimmte Nachricht, die schon vor einigen Wochen in einem Breslauer Blatt auftauchte, daß der frühere Domherr, Land- und Reichstagsabgeordnete und „Germania“-Redakteur Dr. Adolf Franz, päpstlicher Hausprälat, sich mit der Tochter eines bayerischen Reichsraths a. D. aus Tyrol einverleibt hat oder zu verloben im Begriffe steht. Augenblicklich schwebt noch die Verhandlung zwischen Dr. Franz und

der katholischen Kirche, mit der der Exkanonikus auch der Syrischen Missionen wegen sich in Gütte auseinandersetzen will und von der er den päpstlichen Dispens zur Verheirathung zu erhalten sich bemüht. Gerade dieser Missionen- erschaft wegen, die ihm vor einigen Jahren aus der Hinterlassenschaft des geistlichen Raths Syrt in Göttingen zutiefst, der sie seinerseits aus der protestantischen Familie der Freiherren v. Dyllern-Gettrich-Kneubaus erhalten hatte, machte Dr. Franz seit seinem Austritte aus dem Landtage noch einmal auf sich reden. Diese war ihm offenbar nur als Mandatar der katholischen Kirche zu Theil geworden. Jetzt soll Dr. Franz beabsichtigen, die zur Syrischen Mission gehörigen umfangreichen Kollengüter bei Walden in Schlesien zu verkaufen und die katholische Kirche mit einem Kapital von 2 Millionen abzugeben. Mit der Verlobung ist auch die Frage gelöst, warum Dr. Franz im vorigen Jahre seine geistlichen Aemter ohne ersichtlichen Grund niedergelegt hat. Das ist ein neuer Schlag für den Ultramontanismus, härter und empfindlicher noch für die römische Kirche als die Apostasie des Grafen v. Helldorf, oder nun der päpstliche Dispens zur Verheirathung erteilt wird oder nicht. Ein Stern erster Größe fällt vom ultramontanen Himmel. Man kann gespannt sein, ob die römische Kurie, die bis dahin fast nur geweihten Sprosslingen aus fervernischen Häusern, deren Nachkommen sich zu erlösen drohte, Dispens vom priesterlichen Ordo erteilt hat, jetzt auch einem weltlichen Laien einräumen, oder aber ob sie vor dem zu befürchtenden Aergerniß des Volkes zurückweichen wird. Dr. Franz war zweifellos einer der begabtesten Köpfe, die dem Zentrum während des Kulturkampfes zur Verfügung gestanden haben. Er war ursprünglich Lehrer am kirchlich-ökonomischen Anstalt in Breslau, machte gegen Ende der sechziger Jahre einen vergeblichen Versuch, sich als Privatdozent bei der katholisch-theologischen Fakultät an der Universität zu habilitieren. Die Fakultät scheint mehr seine ultramontane Gesinnung als seine wissenschaftliche Qualifikation beanstandet zu haben. Dann warf sich Dr. Franz in den kirchenpolitischen Kampf, war einer der ersten bei Begründung der Zentrums-Partei in Schlesien, ward Vizepräsident der Provinzial- und Reichstags-Abgeordneter und Nachfolger Majunkes in der Redaktion der „Germania“. In der Presse und im Parlament zeigte er den zielbewußten ultramontanen Kämpfer, mit solidem Wissen und guter Nebenergabe ausgerüstet. Das Ende des Kulturkampfes brachte ihm das Breslauer Kanonikat, und nachdem er die Syrischen Missionen geleitet, schied er allmählich und geräuschlos aus dem politischen Leben. Dem diplomatischen Postfach trat er gegenüber, galt er als der Kandidat der Exekutive für den bischöflichen Stuhl. Zum Papstnuntius pilgerte er noch einmal privatim nach Rom, legte bald nachher sein Kanonikat nieder und hat vielleicht schon damals das Terrain sondirt, auf dem er jetzt mit aller Umsicht und Vorsicht zu operieren scheint. Ja, „die Liebe ist die Liebe und Gott ist die Liebe, also ist die Liebe kein schlimmes Ding“, schrieb schon Wagner seinem aus Zwickau an den Magister Dr. Martin Grotius.

Stuttgart, 16. Dezember. Ueber den zum württembergischen Minister des Innern ernannten Staatsrath v. Bischoff wird mitgetheilt, daß Herr v. Bischoff der Sohn des früheren berühmten Barons am hiesigen Hoftheater ist. Er hat eine einfache Beamtenlaufbahn hinter sich. Eine parlamentarische Thätigkeit hat er noch nicht entwickelt, doch war er in hervorragender Weise an der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe der letzten Jahre thätig. Weiter schreibt die „Post“, daß Herr v. Bischoff auch auf eine mehrjährige erfolgreiche Thätigkeit in Reichsangelegenheiten zurückblicken kann. Er war Vertreter Württembergs in der auf Anregung des Reichstages unter der Leitung des Reichsministers Unterstaatssekretärs Dr. v. Marcard aus technischen und administrativen Beamten der Rheinprovinz gebildeten Reichskommission zur Untersuchung der Verhältnisse des Rheinstroms. Die Ergebnisse der Arbeiten dieser Kommission sind in dem großen hydrographischen Werke „Der Rheinstrom“ und in einem auch dem Reichstage mitgetheilten, umfassenden Schlussbericht an den Herrn Reichskanzler niedergelegt. Die gründliche und sachkundige Verarbeitung des Abichtes auf die Einwirkung des Wassers auf den Wasserhaushalt, den Wasserabfluß und die Hochwassererscheinungen der Flüsse im Allgemeinen, wie des Rheins im Besonderen, rührt von Herrn v. Bischoff her. In dem Verlauf der Verhandlungen hat sich Herr v. Bischoff als ein hervorragender tüchtiger Mann bewährt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Dezember. Die „Deutsche Ztg.“ verzeichnet das Gerücht, daß der künftige Thronerbe, Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich, die Kronprinzessin Sophie Stephanie verlobt habe. Eine anderweitige Bestätigung der Nachricht fehlt.

Wien, 17. Dezember. Graf Edmund Attems wurde an Stelle des zum Handelsminister ernannten Grafen Rumkowski zum Landesbankmann von Steiermark ernannt. — Das „Fremdenblatt“ erklärt, die Ernennung Cispis werde in Italien und in den Kreisen der Freunde Italiens mit Genugthuung begrüßt. Cispis vertritt beinahe ausschließlich die Interessen des Dreibundes; auch der Minister des Auswärtigen Blanc, sei ein überzeugter Anhänger des Dreibundes und des Friedens. Wenn Blanc unlängst im Senate für das Festhalten am Dreibund und gleichzeitig für ein freundliches Verhältnis zu Frankreich eingetreten sei, so schließe doch eine Forderung die andere nicht aus, wie beispielsweise Oesterreich-Ungarn und Deutschland sich stets die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Russland angelegen sein lassen. Jede Forderung der Beziehungen der Dreibundmächte zu den anderen Staaten erleichterte vielmehr die Erfüllung des friedlichen Programms des Dreibundes.

Schweiz.

Wie erwartet, fand am 14. d. M. bei der Wahl des Bundesrathes die sechs im Amte befindlichen Mitglieder bestätigt worden: Eschert, Deucher, Hauser, Frey, Zemp und Vachanel. Bemerkenswerth war bei der Wahl nur der Umstand, daß Frey, der Chef des Militärwesens, erheblich weniger Stimmen erhielt als seine Kollegen, wofür die Erklärung in den von ihm gemachten großen

Militärausgaben zu suchen ist, dem neuesten macht sich gegen den militärischen Aufwand in der Bevölkerung und auch in den Räten eine kräftige Gegenströmung geltend. Der Uebung gemäß wurde Frey, der Vizepräsident des Bundesraths, zum Bundespräsidenten befördert, allerdings wieder mit derselben geringen Stimmenzahl von 132, während die Zahl der gültigen Stimmen durchschnittlich gegen 160 betrug. Zum Vizepräsidenten ernannte die Bundesversammlung den Katholiken Zemp, den die radikale Partei als Kandidaten angenommen hatte, da sie mit Deucher nicht durchzubringen hoffte. Es ist ein merkwürdiges Spiel des Zufalls, daß Deucher als Bundesrath die meisten Stimmen erhielt, die Vizepräsidentenstelle aber nicht erlangen konnte. An die Stelle Rüchomets ist dessen waadlänbischer Landsmann Rüffy gewählt worden, unter merkwürdigen Umständen. Die Berner Radikalen weigerten sich, für ihn einzutreten, als die radikale Partei Rüffy aufstellte; sie trugen es ihm nach, daß er vor zwei Jahren bei den Gründungsfeiern der Stadt Bern in zu vorgeschrittener Festimmung beleidigende Worte gegen das Berner Volk sprach, und vielleicht spielten auch die Gegensätze in der Eisenbahnpolitik von Bern und Waadt in dieser Angelegenheit mit. Die Sprache bernischer Blätter gegen Rüffy war sehr heftig, geradezu drohend. Man glaubte, es werde die Zentrumsgruppe der liberalen Konfessionen diese Lage benutzen, um einen der ihrigen in den fast ausschließlich von den Radikalen besetzten Bundesrath zu bringen. Doch fehlte ihr der Kandidat. Herr Vorby, der Gesandte in Paris, auf den die Rede kam, ist nicht im Kande und in den Räten zu wenig bekannt; auch sollte der Kandidat eben ein Waadländer sein, weil dieser große Kanton auf seine Vertretung im Bundesrath besonderen Werth legt. Die liberalen Waadländer jedoch treten Rüffy nicht entgegen; ihre Führer Cereole und Botreau nehmen Kandidaturen nicht an, weil sie in der kantonalen Politik soeben mit den Radikalen eine Verständigung angebahnt haben. Die Katholiken erklärten sich in letzter Stunde für Rüffy. Bei der Wahl gab es für diesen nur eine schwache Mehrheit, dabei 28 leere und eine Menge vereinzelter Stimmen. Die Tribünen nahmen das Wahlergebnis mit Pfeifen und Pfuirufen auf, so daß der Präsident der Bundesversammlung, Comtesse, sie zuerufen mußte. Darin gab sich die Mithimmung der bernischen Bevölkerung kund. Noch nie bisher hat man in den eidgenössischen Räten eine derart peinliche Kundgebung erlebt. Rüffy ist ein noch junger Mann. Geboren 1864, der Sohn eines gewissen Bundesraths, hat er sich im Kanton Waadt schon früh politischen Anhang verschafft, und da er sich der Protektion Rüchomets erfreute, kam er schnell vorwärts. Er wurde Staatsrath und Nationalrath. Als radikaler Föderalist wird er wohl gleich seinem Vorgänger, wenn auch nicht mit so großem Talent, für die Verständigung zwischen der deutschen und romanischen Schweiz beim Ausbau der Rechteinheit thätig sein. Er tritt unter unangenehmen Verhältnissen in den Bundesrath. Aber wie ihm selbst Vorwissen gemacht worden sind, fehlt es an solchen auch gegen die parlamentarischen Parteien nicht, die in dieser Wahlangelegenheit große Unsicherheit und Unzufriedenheit an den Tag gelegt haben. Mehrere Blätter, diesmal hauptsächlich konservative, sprachen bereits von Schritten für die Wahl des Bundesraths durch das Volk; und es ist möglich, daß sich der Umwille der Berner in einem solchen Vorhabe und in irgend einer andern politischen Kundgebung offenbart.

Belgien.

Brüssel, 16. Dezember. Der Ministerrath trat heute Abend zu einer Sitzung zusammen. Der Ministerpräsident Bernaert, welcher zu einer Sitzung nicht erschienen war, zeigte den übrigen Ministern an, daß er am Dienstag seine Demission einreichen werde, da er keine Gewissheit habe, daß die Rechte sich dem Prinzip der proportionalen Vertretung in dem neuen Wahlgesetz anschließen werden. Die Minister trennten sich, ohne einen Beschluß zu fassen, und werden morgen von Neuem zusammentreten.

Frankreich.

Paris, 16. Dezember. Der Kohlenhändler Laporte, der sich in der Tribüne befand, aus der Baillant die Bombe in den Saal warf, und bestes Jagdenbism befam, als diese an ihm vorbeifliehte, berichtet einem Mitarbeiter der „Debat“ über das Ereigniß aus eigener Anschauung Folgendes:

Man hat gesagt, Baillant habe sein Sprenggeschloß wegen irgend eines Unfalls in seiner Nähe, eines Pfeilers, nicht werfen können, wie er wollte. Glauben Sie das nur nicht! Baillant hatte sich in der Zeit verreckt. Der Zünder hatte schon Feuer gefangen, und er fühlte wohl, daß, wenn er die Bombe noch eine Sekunde länger in der Hand behielte, sie explodiren und alles, was um ihn war, zerschüttern würde. Es gehörte eine seltene Energie und viel kaltes Blut dazu, sich der Bombe so zu entziehen, wie er es that. ... Nachdem das Geschloß mir am Kopfe vorübergefliegen war, schaute ich um mich und gewahrte den Mann, von dem man mir nachher sagte, es sei Baillant gewesen, mitten in einer Dampfwolke mit blutbesprenkeltem Gesicht. Daß er die Bombe geworfen hatte, wußte ich noch nicht, nur darüber war ich mir klar, daß der Attentäter eines der drei Individuen, die hinten in der Tribüne standen, sein mußte.

Laporte betont, daß er aus der Nase blutete, ehe die Bombe explodirte, in Folge des Aufstiehs, den sie im Vorbeifliegen erzeugte. Seine Frau war viel schlimmer daran, ohne daß sie im ersten Augenblick eine Ahnung davon hatte. Als sie aufstehen wollte, um ihrem Manne zu folgen, dessen Anblick sie ängstigte, brach sie zusammen. Ohne daß sie es gewußt hatte, war ihr einer der Nägel ins Knie gefahren und hatte ihr die Kniekehle durchbohrt. In den ersten Tagen glaubte man nicht anders, als das Bein müßte ihr abgenommen werden. Allein dazu kam es zum Glück nicht.

Der „Temps“ hat sich im Gefängnis La Santé über das Befinden Baillants erkundigt und in Erfahrung gebracht, daß er in strengster Einzelhaft gehalten wird und Unterhaltungen mit ihm, wie ein bekanntes Denkschriftblatt kürzlich eine solche veröffentlichte, unmöglich sind. Am Dienstag wurde von dem Gefängniswächter der Nagel ausgezogen, der Baillant im Schenkel saß. Er war in den Knochen gedrungen und wurde auf der Außenseite nach einem tiefen Schnitt befreit.

Paris, 16. Dezember. Der im Elysee abgehaltene Ministerrath beschäftigte sich mit den Handelsbeziehungen mit Spanien, das Frankreich die Ermäßigungen seines Minimaltarifs, die es anderen Völkern bewilligt hat, nicht zugeht. Dem Vernehmen nach dauern die Verhandlungen fort, man hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß dieselben mit einem Bruche endigen, da in den zehn ersten Monaten des Jahres 1893 Spanien für 183 Millionen Waaren nach Frankreich ausfuhrte, während von Frankreich nur für 90 Millionen Waaren nach Spanien ausgeführt wurden.

Der Ministerrath beschloß, den ermäßigten Eisenbahntarif aufzuheben, der zu Gunsten der in Frankreich beschäftigten und täglich nach Belgien zurückkehrenden belgischen Arbeiter eingeführt war.

Paris, 16. Dezember. In der Kammer befragt Viviani (Socialist) die Regierung über die in Amiens vorgeschlossene eigenmächtige Verhaftung des Direktors eines sozialistischen Blattes in Calais, der nur beschuldigt werde, mit Sozialisten in einem Café verkehrt zu haben. Der Minister Ruyal erwiderte, der Polizeibeamte habe nur die Identität jenes Journalisten, der mit den betreffenden Sozialisten und Anarchisten verkehrt, feststellen wollen. (Lärm aus der äußersten Linken.) Damit ist die Angelegenheit erledigt. Der Senat genehmigte 800 000 Franks zur Verstärkung der Polizei und verjammelte sich unmittelbar darauf in den Bureau, um die Kommission zu wählen, welche die Gesetzentwürfe für die Explosivstoffe und über die Vereinigungen zu verbrecherischen Zwecken prüfen sollen. — In der vergangenen Nacht wurde auf dem Festen des Hotels der Marquise de Ganay in der Nähe der Champs Elysees eine Bombe gefunden, welche nach dem Gemeinlaboratorium gebracht wurde. Eine ähnliche Bombe wurde heute früh vor dem Polizeikommissariat in der Rue Gréboval aufgefunden. — Die ausgewiesenen zwölf Anarchisten sind Deutsch-Oesterreicher, Belgier und Italiener. — Wie der „Temps“ meldet, brachte die spanische Polizei 10 Anarchisten, und zwar 4 Franzosen und 6 andere Ausländer, welche nach dem Attentat in Barcelona ausgewiesen wurden, nach Gexere. Der französische Grenzkommissar wies, seiner Instruktion gemäß, die sechs ausländischen Anarchisten zurück, die in der Citadelle in Figueras untergebracht wurden.

Paris, 17. Dezember. Der „Figaro“ bekräftigt heute die Meldung, daß die französische Regierung nicht genehmigt sei, an internationalen Verhandlungen gegen die Anarchisten theilzunehmen.

Paris, 17. Dezember. Bei dem russischen Sozialisten Friedrich Stadelberg, einem Freunde des verhafteten Anarchisten Cohen, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die umfangreiche Korrespondenz Stadelbergs, welche denselben sehr belästigt, wurde beschlagnahmt. In Chypriole wurden 11 Personen verhaftet unter dem Verdacht, Komplizen Baillants zu sein.

Marseille, 16. Dezember. Der frühere Kommandeur des Armeekorps der Alpen, General Mathelin, ist heute gestorben.

Italien.

Rom, 16. Dezember. Kammer und Senat sind zur Entgegennahme einer ministeriellen Erklärung auf den kommenden Mittwoch einzuberufen. Auf der Tagesordnung der Kammer steht auch eine Mittheilung seitens des Präsidiums. Wie versichert wird, handelt es sich um die Demission des Kammerpräsidenten Zanarbelli. Aus der Knappheit dieser Tagesordnung ist zu schließen, daß das neue Ministerium sofort eine Verabredung, vermutlich bis zum 20. Januar, beantragt wird. Zanarbelli wird in seiner Heimat Brescia die Mittheilung zum Ergebnis seiner Rücktritts- erklärung abwarten. Auf Antrag Cispis soll der Rücktritt abgelehnt werden. Vizepräsident Villa wird die Kammer einladen, über die Veröffentlichung der noch nicht bekannt gemachten Anlagen und Sitzungsprotokolle des Siebenerauschusses zu beschließen. General Ricotti veröffentlicht in der „Dinione“ eine Erklärung über seine vielfach eufelste Haltung während der Verhandlungen mit Cispis. Er hat jenem erklärt, daß vom Budgetgebetrag 40 Millionen durch Steuern, 40 durch Erparnisse aufzubringen seien, von letzteren 20 seitens der Kriegs- und Marineverwaltung. Die Militärausgaben konnten nach Ricotti von 245 auf 232 Millionen ermäßigt werden, vorausgesetzt eine Verminderung der Armeekorpszahl, während die Beibehaltung der 12 Armeekorps mindestens 15 Millionen Mehrausgabe erfordern würde. 12 Korps beibehalten und unter 240 Millionen hinausgehen, wie der jetzige Kriegsmi- nister beabsichtigt, ist nach Ricotti ein schwerer Mißgriff, der leicht verhängnisvoll werden kann. Cispis hat hiernach Ricotti das Kriegsprotokoll nicht angeboten. Offenbar hat auch Perazzi die Verantwortung für das Mißverhältnis zwischen der Heeresstärke und dem Militäraushalt ge- sucht. Die Kundgebung läßt erwarten, daß von rechts bald ein Widerspruch gegen die Militär- vorlagen des Kabinetts Cispis erfolgen wird.

Rom, 16. Dezember. Auf Grund der Res- timationen seitens des bisherigen Ministers des Auswärtigen, Brin, theilte die französische Re- gierung mit, sie stelle der italienischen Regierung 420 000 Franks als Entschädigung für die Opfer von Agnes-Mortis zur Verfügung.

Palermo, 16. Dezember. Die Kriegsschiffe „Dulio“, „Morosini“ und „Urania“ sind hier eingetroffen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 17. Dezember. Die Abordnung der in Bilbao gegen die Handelsverträge abge- haltenen Versammlung begab sich zur Königin und bat dieselbe, bei der Regierung für die Ab- lehnung des deutschen und englischen Handels- vertrages einzutreten. Die Handelskammer von Madrid bereitet eine Gegenkundgebung zu Gunsten des unbedingten Freihandels vor.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Dezember. Gestern ward die finanzielle Lage Indiens von den wenigen mit dem Gegenstande vertrauten Abgeordneten im Unter- haufe in ziemlich eingehender Weise besprochen. Schon seit einiger Zeit ist die indische Steuer- frage, die mit der Entwertung der Rupis und des Silbers im Allgemeinen sehr innig zusammen- hängt, eine schwere Redenaufgabe geworden und von Jahr zu Jahr scheint ihre Lösung immer

schwerer und verwickelter zu werden. Hat doch erst vor kurzem Sir D. Barbour, der finanzielle Berater des Vizekönigs, sich geäußert, daß die Geldfrage, die über den indischen Staat hereinzu- brechen drohe, möglicherweise irreführend in der Geschichte unseres Jahrhunderts liegen werde. Dies sind vielleicht zu starke Worte. Aber es ist eine von allen Sachverständigen anerkannte That- sache, daß im schönen und vormalig reichen Hin- dustan finanziell viel gesündigt worden ist und daß die Steuerheuschrecke fast ihr Meistest gezehlet hat, ohne auch nur annähernd ein Gleichgewicht im „Sollen“ und „Haben“ der 240 unter englischer Herrschaft stehenden Millionen herstellen zu können. Die verhassten Salzkölle und die Vermögens- steuer lasten wie ein böser Alp auf dem eng- lischen Volke, das von den kostspieligen Unternehmungen in Birma, die jetzt noch nicht abgezahlt sind, und von dem Heere und Be- amtenpersonal, die es zu unterhalten gezwungen ist, direkt nur wenig Nutzen zieht. Selbst die indischen Bahnen und Kanäle haben den Unter- nehmungsgeist der betragsamen Hindus nicht an- zureichen vermocht und haben nur die stehenden Ausgaben und die Staatsschuld immer höher auf- schürmen helfen. Die Münzbeschränkung war“, so behauptete der Finanzminister Darcourt gestern, „unumgänglich notwendig und vor der Geneh- migung von einer Kommission von Sachverständigen nach allen Seiten hin geprüft worden. Die Brüsseler Konferenz werde auf Anregung der Ver- einigten Staaten hin nicht wieder zusammen- treten.“ In derselben Rede erklärte er auch, daß Indien besonders eine Einschränkung seiner staat- lichen Ausgaben nicht thue, und er verpfaßt zu- gleich, daß die 10 Millionen, um die es sich in der getrigen Bill handelte, nicht Indien als eine neue stehende Anleihe zur Last fallen solle.

Rußland.

Petersburg, 14. Dezember. An dem gestrigen glänzenden Festessen zu Ehren des französischen Botschafters, Grafen Montebello, nahmen außer Herrn von Giers alle in der Re- sidentz anwesenden Minister und die höchsten Würdenträger Theil. Nach dem Trinkspruch auf den Zaren, den Graf Montebello ausbrachte, wurde die Stimmung überaus warm, wozu der dem Botschafter erst gestern verliehene und an seiner Brust prangende Stern des Alexander- Neufeld-Ordens und die vom Adel aus drund- zwanzig Gouvernements eingegangenen Glück- wunschkarten beitrugen. Die Reden be- trafen ausschließlich die tiefen, traditionellen Sympathien der beiden Völker. Der Urheber der Festlichkeit, der Petersburger Adelsmarschall Graf Bobrinski, sprach zweimal, ebenso Graf Monte- bello. Graf Bobrinski warf einen Rückblick auf die russisch-französischen Beziehungen in der Ver- gangenheit. Vor acht Jahrzehnten schuf die Ehe des Königs Heinrich mit der Tochter des Großfürsten Jaroslaw das erste Glied des franco- russischen Bündnisses, das die Ereignisse häufig störten, ohne aber die freundschaftlichen Bande zerreissen zu können. Peter der Große küßte den jugendlichen Ludwig XV. mit den Worten, er umarme ganz Frankreich. Seine heiße Liebe zu Frankreich vermachte der große Reformator seinen Nachfolgern. Seine Tochter Elisabeth äußerte, Frankreich werde man nie aus ihrem Herzen reißen. Katharina die Große, die Freundin Vol- taires, Diderots, d'Alembert u. A., ließ die Fran- zösin des Nordens. Alexander I. war überzeugt, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich fester und fester werden wird. Er hielt ein Bündniß mit Frankreich für die einzige Bürgschaft der Wahrung des europäischen Friedens. Kaiser Nikolaus schrieb, beide Völker hätten so viele Gründe, ein- ander zu unterstützen und den Frieden Europas zu wahren, daß ihm ein Bündniß als eine logische Folge der Schlacht und gleichzeitig als die beste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des euro- päischen Friedens erscheine. Die Anwesenheit des Grafen Montebello auf dem Bankett beweise, daß Rußland seinen Traditionen treu blieb. Graf Montebello, auf dessen Wohl die Rede ausklang, antwortete tief gerührt, er sei mit Rußland durch unversiegbare Erinnerungen verbunden, hier in Petersburg habe er unter Leitung seines Vaters seine diplomatische Laufbahn begonnen und Ruß- land lieben gelernt. Die ihm erwiefsenen Ehren- bezeugungen nehme er für Frankreich in Anspruch. Er erwähnte der Loulouer Festlichkeiten, des Be- suchs des Zaren auf dem französischen Kriegsschiff in Kopenhagen und der selbst in russische Bauern- hütten gedringenen Sympathien für das fran- zösische Volk. Nachdem er den Adelsmarschall dankt, sprach er mit acht französischer Galanterie den nicht anwesenden oder auf der Gallerie sigen- den Damen, die ihre Sympathien für Frankreich bezeugten, seinen Dank aus. Zum Schluß for- derte er die Anwesenden auf, ihr Glas auf das Wohl des friedlichen, brüderlichen Bundes der beiden Länder zu heben.

Serbien.

Belgrad, 16. Dezember. Das Begräbniß des verstorbenen Staatsmannes Dostich fand heute unter großem Gepränge statt. Um 1 Uhr langte der Leichnam mit der Eisenbahn an, am Bahnhof erwarteten vom Ministerium, der Stupski- tina, dem Offizierkorps, den Beamten und einer zahlreichen Volksmenge. Die Versammelten gaben dem Leichnam einen ersten bis zur Kathedrale das Geleit. Die gesammte Garnison war ausgerückt, mehrere Bataillone und die Leibgarde nahmen am Zuge Theil, der andere Theil der Truppen bildete Spalier bis zur Stadgrenze. König Alexander erschien in der Kathedrale und geleitete seinen toten Rathgeber am königlichen Schloß vorbei. Er war tief erschüttert und weinte mehrmals. Den Sarg bedeckten viele Kränze und eine große Anzahl wurde nachgetragen. In der Kirche hielt der Pope Marko Petrovitch die Gedächtnisrede, vor dem Unterrichtsministerium sprach der neue Kultusminister Vesnitch einen warm empfundenen Nachruf, und das letzte Wort am Grabe sprach der Staatsrath Pera Georgevitch, der sich über die Verdienste des Verewigten in den höchsten Lobesbedeutungen erging.

Amerika.

Buenos-Ayres, 16. Dezember. Angesichts der Gefahr von Santos werden die Verhandlungen nach jenem Hafen umgeleitet; argentinische Kanonenboote begleiten die brasilianischen Schiffe auf dem Rio de la Plata. — Das von der Kammer angenommene, von Romero mit Roth- schilde vereinbarte Übereinkommen soll im Senate am Montag zur Verathung kommen.

